

Tribüne Entscheidet bei der Berner Regierungsratswahl der Jura-Sitz über die Mehrheit, wäre dies ein Glücksfall. *Daniel Bochsler*

Vorbilddemokratie im Kanton Bern

Kaum haben die Bernjurassier Bern die Treue geschworen, rückt der Jura-Sitz im Regierungsrat ins Zentrum der Debatte. In den Wahlen vom 30. März könnte das Rennen zwischen Linken und Bürgerlichen in einem Kopf-an-Kopf-Rennen im Berner Jura enden. Am 4. Januar monierte der «Bund», stellvertretend für eine weitverbreitete Ansicht, dies mache die Wahl zu einem «für die Wählerinnen und Wähler letztlich doch sehr unbefriedigenden Ereignis». Die drei bernjurassischen Bezirke stellen nämlich mindestens einen Regierungsrat. Und eine weltweit einzigartige Wahlregel stellt sicher, dass darauf kein Quoten-Bernjurassier, der kaum über Stimmen aus dem Berner Jura verfügt, gewählt wird. Gewählt ist, wer sowohl im Berner Jura als auch im Restkanton besonders viele Stimmen sammelt.

Entscheiden am Ende tatsächlich die Bernjurassier über die Ausrichtung der Gesamtregierung? Das wäre eine kleine Wiedergutmachung für 1947. Damals musste der bernjurassische Regierungsrat Georges Moeckli die Baudirektion seinem Oberländer Kollegen Samuel Brawand überlassen. Diese sei zu bedeutend für den Minister aus dem frankofonen Randgebiet. Die Episode liess die Jurassier als Bürger zweiter Klasse erscheinen und gilt als Auslöser des Jura-Konflikts. Den frankofonen Jurassiern wurde zugebilligt, in Fragen, die sie besonders betreffen, mitzureden und regionale Anliegen in die Regierung einzubringen, aber aus wichtigen Geschäften sollten sie sich heraushalten.

Keine Front Deutsch - Welsch

Das erinnert an ähnliche Debatten im Ausland. Im Landtag von Schleswig-Holstein etwa kam es 2005 zum Patt zwischen links und rechts. Die Partei der dänischen Minderheit spielte das Zünglein an der Waage und stimmte für eine rot-grüne Koalition. Die CDU forderte von den Dänen Zurückhaltung, sekundiert von einer Klage der Jungen Union: Die Dänenpartei solle sich auf Minderheitenfragen beschränken. Die Union ging von einem politischen Bild aus, in dem Minderheiten in wichtigen Fragen nichts mitzureden haben. Minderheiten haben nur halbe politische Rechte.

Man kann freilich diskutieren, ob eine Minderheit eine eigene Partei oder gar gesicherte Regierungssitze braucht, wenn sie sich gar nicht zu Minderheitenfragen äussert. Im Kanton Bern verlaufen die Fronten heute zwischen links und rechts, und nicht zwischen Frankofonen und Deutschsprachigen. Haben die Bernjurassier ihr besonderes Gewicht im Regierungsrat also gar nicht mehr nötig? Die Frage blendet aus, dass auch Minderheiten demokratische

Rechte haben. Ob die Bernjurassier für eine Extremistin, einen völlig inkompetenten Vertreter oder eine ruchlose Interessenvertreterin stimmen, ist ihnen überlassen - sie unterscheiden sich dabei nicht von den übrigen Bernern. Jede Koppelung des Jura-Sitzes an Minderheitenanliegen würde eine Gewissensprüfung der Kandidaten voraussetzen und die Wahlfreiheit abschaffen.

Alles andere wäre eine Farce

Doch ist eine Wahl legitim, in der die Regelung für den Jura-Sitz den Ausschlag für die Regierungsmehrheit gibt und diese der Stimmenmehrheit im Kanton widerspricht? Nach Verfassung ja, denn alle sieben Regierungsräte entscheiden in allen Fragen gleichermaßen mit. Jede andere Lösung, bei der die Stimmen der Bernjurassier (oder ihres Vertreters) nur zählen, solange sie nicht entscheidend sind, liesse das Wahlrecht zur Farce verkommen: Dann brauchten die Bernjurassier gar nicht an der Wahl teilzunehmen.

Ganz im Gegenteil kommt dem Rennen um den Jura-Sitz zwischen dem SP-Regierungsrat Philippe Perrenoud und SVP-Gegenkandidat Manfred Bühler dieses Jahr besondere Bedeutung zu. Trotzdem ist es unwahrscheinlich, dass am Ende allein die bernjurassischen Stimmen den Ausschlag über die Ausrichtung der Regierung geben. Denn es geht erstens gern vergessen, dass der Jura-Sitz nicht allein im Berner Jura gewählt wird; der Berner Jura hat bloss das gleiche Gewicht wie der Restkanton. Zweitens ist der SVP-Gegenkandidat im ganzen Kanton wählbar, tritt also auch gegen die sechs anderen Bisherigen an. Verpasst er die Wahl, dann kann es nicht nur an der Jura-Klausel liegen, sondern auch an der Beliebtheit des Kandidaten.

Umgang mit Minderheiten

Auf alle Fälle muss sich die deutschsprachige Mehrheit der Bernerinnen und Berner daran gewöhnen, dass sie politisch nicht allein entscheidet, sondern der bernjurassischen Minderheit besondere Rechte zugesichert hat. Sollte am Ende die Spezialregelung für den Jura-Sitz die Entscheidung über die Regierungsmehrheit herbeiführen, wäre es gar ein Glücksfall: Dann könnten die «Mehrheitsberner» der Welt demonstrieren, wie man demokratisch gerecht mit einer Minderheit umgeht. Darauf hätten sie viel mehr Grund, stolz zu sein, als auf eine Regierungsmehrheit nach ihrem Gusto.

Daniel Bochsler ist Assistenzprofessor für Politikwissenschaft am Zentrum für Demokratie Aarau und am NCCR Democracy.